Sanktionen gegen Russland zeigen kurzfristig kaum ökonomische Wirkung

Sanktionen gegen Russland zeigen kurzfristig kaum ökonomische Wirkung

Russische Wirtschaft leidet unter schwächerer Landeswährung - Abwertung des Rubels hängt in erster Linie mit dem Ölpreisverfall und nicht mit Sanktionen zusammen - westliche Maßnahmen würden allenfalls langfristig Einfluss auf die Politik in Russland ausüben können
Die Abwertung des Rubels setzt die russische Wirtschaft unter Druck. Seit dem Jahr 2014 hat die Landeswährung mehr als die Hälfte ihres Werts gegenüber dem US-Dollar verloren. Der Grund dafür ist in erster Linie der Rückgang des Ölpreises. Die wirtschaftlichen Sanktionen, die der Westen wegen der Annexion der Krim verhängt hat, spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). "Russland ist ein führender Lieferant von Öl und Gas in der Weltwirtschaft. Zwei Drittel der Exporte und mehr als 50 Prozent der Einnahmen öffentlicher Haushalte sind abhängig von Öl und Gas. Dies macht das Land extrem anfällig für Verschiebungen der Weltmarktpreise für Rohöl", sagt Konstantin Kholodilin, Forscher der Makroökonomie-Abteilung am DIW Berlin. Zwar wird der Ölpreis in Dollar gehandelt, ein Dollar kostet mittlerweile jedoch über 60 Rubel. Anfang 2014 war es noch etwa die Hälfte. Einfuhren aus anderen Ländern haben sich damit für Russland verteuert, und durch die Inflation geht den Bürgern Russlands Kaufkraft verloren. Dies wiederum mindert die Steuereinnahmen des Staates.
Russlands Reaktion auf den Verfall des Rubels
Um die Landeswährung zu stützen, hat Russland zunächst seine Währungsreserven verwendet, um das Angebot an US-Dollar zu erweitern und dadurch die Abwertung des Rubels zumindest zu bremsen. Zudem hat die russische Zentralbank den Leitzinssatz erhöht um die Abwertung zu reduzieren. Nach Ansicht des DIW-Ökonomen Konstantin Kholodilin ist diese Politik langfristig jedoch von Nachteil: "Die Erhöhung des Leitzinses hat dazu geführt, dass das allgemeine Zinsniveau gestiegen ist, was sich negativ auf die Investitionen auswirkt." Gegensanktionen, die Russland auf die Maßnahmen des Westens hin beschlossen hatte, haben die Abwertung des Rubels ebenfalls etwas abgeschwächt. Denn dadurch, dass vor allem Agrarprodukte aus dem Westen nicht mehr eingeführt werden dürfen, mussten die russischen Bürger vermehrt auf heimische Produkte zurückgreifen. Den Ausfall konnte das heimische Angebot allerdings nur teilweise kompensieren, denn dafür fehlt es den russischen Betrieben zum Teil an der nötigen Technologie, die sie aufgrund des Embargos nicht aus dem Ausland einführen dürfen.
Sanktionen des Westens können die Volatilität des Rubels verstärken
Auch wenn die Sanktionen des Westens die russische Währung weniger stark getroffen haben als intendiert, so konnten die Autoren der Studie, Konstantin Kholodilin und Christian Dreger, doch nachweisen, dass durch die Sanktionen die Volatilität des Rubels tendenziell steigt. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Maßnahmen anders ausfielen als von den Medien erwartet. Um dies zu analysieren, haben die Ökonomen - neben dem Wechselkurs des Rubels, dem Ölpreis und dem kurzfristigen Zinssatz der Zentralbank - auch Medienberichte über die Sanktionen in ihre Untersuchung miteinbezogen. Dabei kamen sie zu dem Schluss, dass unerwartete Sanktionen die Marktteilnehmer verunsichern und sich damit letztendlich auf die Volatilität des Rubels auswirkt.
Russische Wirtschaft stark abhängig von ausländischer Technologie
Auf Dauer könnten die Sanktionen die russische Konjunktur aber sehr wohl ausbremsen, so die Bilanz des DIW-Autorenduos. Denn die Wirtschaft ist auf den Technologietransfer aus dem Ausland angewiesen. Maschinen und andere Güter für bestimmte Branchen der russischen Wirtschaft dürfen zurzeit jedoch nicht eingeführt werden. Durch den niedrigen Wechselkurs haben die Unternehmen es zusätzlich schwer, ihre Investitionspläne durchzuführen. Trotzdem gibt sich Konstantin Kholodilin bezüglich der politischen Wirksamkeit der Sanktionen skeptisch: "Es ist fraglich, ob der Westen bereit ist, solange zu warten, bis die Sanktionen voll wirtschaftlich spürbar werden und zu einer Änderung des Politikkurses führen."

Pressestelle
Sylvie Ahrens-Urbanek
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-252, -249 oder -250
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-162-105-2159
 www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=597352" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.